Löhrmann erhöht Druck auf Ditib – Aufklärung in zwei Wochen

6. Februar 2017

Düsseldorf (KNA) Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) erhöht den Druck auf den deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib. Im Streit um die Rolle des Verbands im Beirat für den Islamunterricht an Schulen in NRW fordert Löhrmann eine Stellungnahme innerhalb der nächsten zwei Wochen. „Um den islamischen Religionsunterricht in den Schulen nicht zu belasten, habe ich die Ditib aufgefordert, den Sitz ruhen zu lassen, bis alles aufgeklärt ist“, sagte die Ministerin der „Rheinischen Post“ (Freitag): „Es ist klar, dass ich zeitnah eine Antwort erwarte. Innerhalb der nächsten zwei Wochen.“ Zur Begründung verwies Löhrmann auf die große Unruhe als Folge der „ungeheuerlichen Spitzelvorwürfe, die jetzt vom Generalbundesanwalt untersucht werden“. Die Ditib ist mit rund 900 Gemeinden und 800.000 Mitgliedern der größte islamische Einzelverband in Deutschland. Der Verband steht seit Wochen in der Kritik, weil einige Ditib-Imame Informationen über Anhänger des im US-Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen an die türkische Regierung weitergeleitet haben sollen. Die Gülen-Bewegung gilt in der Türkei als Staatsfeind. Präsident Recep Tayyip Erdogan macht sie für den gescheiterten Putsch im Juli 2016 verantwortlich. Ditib-Generalsekretär Bekir Alboga hatte am Mittwoch in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) gesagt, sein Verband habe „zu keiner Zeit Berichte eingefordert oder verfasst. Auch sind keine Berichte über die Tische der Ditib gegangen oder weitergeleitet worden.“ Man bemühe sich weiterhin um Aufklärung, dies brauche aber noch Zeit. Ebenfalls am Mittwoch hatte Löhrmann vor Journalisten in Düsseldorf dafür plädiert, trotz aller Kritik an Ditib die Kooperation mit dem Verband beim muslimischen Religionsunterricht nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. „Man muss sich entscheiden: Will man Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht in deutscher Sprache in unseren Schulen oder will man Islamunterricht in der Moschee“, sagte die Ministerin.

(KNA – rkmkn-89-00001)

Stand: 27. November 2026